c/o SP Kanton Solothurn
Rossmarktplatz 1
4500 Solothurn

Bildungswerkstatt
Willi Ritschard

Einladung zur 53. WR-Bildungswerkstatt:

1. Teil:
Wann: **Freitag, 13. November, 19.15 bis 21.00 Uhr**
Wo: Museum Grenchen, Absyte 3,2540 Grenchen
Wer: Mitglieder und Interessierte der WRB

2. Teil:
Wann: **Samstag, 21. November, 10 bis 13 Uhr**
Wo: Museum Grenchen, Absyte 3,2540 Grenchen
Wer: Öffentlicher Anlass mit dem Museum Grenchen, Mitglieder, Interessierte der WRB und Interessierte via das Museum Grenchen

Thema der 53. WR-Bildungswerkstätte

Globale Gerechtigkeit und nationale Direkte Demokratie-Reform

Liebe WRBWlerinnen und WRBWler,

Ich möchte Euch herzlich zur nächsten Willi-Ritschard-Bildungs-Werkstätte einladen. Sie findet im Grenchener Stadtmuseum statt, in dem auch eine weiter gearbeitete Ausstellung zu unserem Willi Ritschard ausgestellt ist.

Wir werden uns wie vereinbart und gewünscht mit zwei Themen befassen:

Am Freitagabend wird Christoph darstellen, wie Picketty's Weltgerechtigkeits-Projekt wirtschaftlich funktionieren kann; wir haben dieses Grossprojekt ja an der 52.WRBW ausführlich vorgestellt. Im Anhang findet Ihr nochmals eine neue Zusammenfassung aus "Global" und eine Kritik, die Jörg für uns gefunden hat.

c/o SP Kanton Solothurn
Rossmarktplatz 1
4500 Solothurn

Bildungswerkstatt
Willi Ritschard

Am Samstagmorgen evaluieren wir anhand einer Unterlage aus der SPS-Themenkomission "Demokratisierung der Demokratie" elf verschiedene Vorschläge zur Weiterentwicklung der Direkten Demokratie auf Bundesebene. Welche Vorschläge findet Ihr überzeugend und würden Euch dazu motivieren, für eine entsprechende Volksinitiative der SPS-Unterschriften zu sammeln

Ich freue mich auf die Diskussionen und wünsche Euch bis dann alles Gute. Mit herzlichen Grüssen

andi gross, Werkstattleiter

Link zum Global Justice Report

Link: https://globaljusticeproject.wid.world/global-justice-report/

20261012 – jacobin – Was Thomas Piketty ignoriert

Was Thomas Piketty in seinem utopischen Sozialismus ignoriert

Das World Inequality Lab hat einen ambitionierten Umverteilungsplan vorgelegt. Allerdings müsste die Arbeiterschaft in den reicheren Ländern dafür eine Situation hinnehmen, die der neoliberalen Austerität der letzten 30 Jahre gleichkommt.

Von Virgilio Urbina Lazardi



Thomas Piketty und sein Team erkennen zwar beiläufig die politischen Hürden beim Aufbau dauerhafter Bündnisse benachteiligter Bevölkerungsgruppen an, gehen aber letztendlich darüber hinweg. Bild: IP3press

Im Juni hielt die Politikwelt den Atem an: Das von Thomas Piketty geleitete World Inequality Lab veröffentlichte einen Bericht, der der krönende Abschluss jahrelanger Forschung zum schwer fassbaren Ziel einer globalen Einkommensangleichung sein sollte. Den Bericht mit dem Titel Global Justice Report (GJR) stellten Piketty und sein Team als erste datengestützte Gesamtschau zweier langjähriger progressiver Bestrebungen vor, die bislang eher Wunschvorstellungen als umsetzbare Maßnahmen geblieben sind: Zum einen eine drastische Verringerung der Einkommens- und Vermögensungleichheit sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch zwischen ihnen, zum anderen globale Nachhaltigkeit mit Blick auf die Erderwärmung. Insgesamt soll der GJR zeigen, dass die Ungleichheitsstudien, die Piketty schon 2013 mit der Veröffentlichung von Das Kapital im 21. Jahrhundert berühmt gemacht hatten, genutzt werden können, um die durch die Klimakrise aufgeworfenen Zielkonflikte und Probleme zu bewältigen.

Auf den ersten Blick gibt es in dem Bericht vieles, dem Sozialistinnen und Sozialisten zustimmen würden. Demnach ist – um es mit John Maynard Keynes' Worten zu sagen – die »Euthanasie« der Milliardärsklasse innerhalb eines Vierteljahrhunderts möglich, vor allem durch hohe Steuern. Im Bericht wird außerdem vorgeschlagen, die Institutionen der internationalen Wirtschaftsordnung, die lange Zeit von derselben Gruppe reicher Nationen dominiert wurden, zu demokratisieren – durch die Einführung einer Abstimmungsregelung nach Einwohnerzahlen und einer internationalen Währung, die das exorbitante Privileg des Dollars abschwächen würde. Mit Blick auf die planetaren Grenzen wird eine drastische Umverteilung der Produktivitätsgewinne weg von immer größerer materieller Produktion hin zu mehr Freizeit gefordert. Das ist eine seit langem bestehende sozialistische Forderung, die der kapitalistische Profitdrang bestenfalls sporadisch und nur unter konstantem Druck von unten zu erfüllen vermag.

»Mit den Vorschlägen des GJR kann keine politische Basis zusammengebracht werden, die stark genug wäre, um den heftigen Widerstand zu überwinden, den die vorgelegten Pläne unweigerlich bei den etablierten Eliten auslösen würden.«

Wenn es allerdings an die Mechanismen geht, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen, bleibt der Bericht hinter den Erwartungen zurück. Der GJR scheint weit entfernt von einem ambitionierten, aber realisierbaren Programm, das gezielt genutzt werden könnte, um die globale Linke zu mobilisieren, und zieht sich in den Bereich der Fantasie zurück. Piketty und sein Team erkennen zwar beiläufig die politischen Hürden beim Aufbau dauerhafter Bündnisse benachteiligter Bevölkerungsgruppen an, gehen aber letztendlich darüber hinweg.

Der GJR scheitert so an demselben Hindernis wie einst die utopischen Sozialisten des 19. Jahrhunderts: Mit seinen Vorschlägen kann keine politische Basis zusammengebracht werden, die stark genug wäre, um den heftigen Widerstand zu überwinden, den die vorgelegten Pläne unweigerlich bei den etablierten Eliten auslösen würden.

Einkommen angleichen, Erderwärmung eindämmen

Der GJR skizziert einen Weg zur globalen Einkommenskonvergenz bis zum Ende des Jahrhunderts, wobei gleichzeitig die Treibhausgasemissionen auf zwei Grad Celsius über dem vorindustriellen Schwellenwert begrenzt werden. Dafür wird ein neuartiges Input-Output-Modell genutzt, um Erwärmungsszenarien zu simulieren, und eine umverteilende Dimension hinzugefügt, die die Zahl an akzeptablen Szenarien weiter einschränkt. Die Arbeitspapiere, die die Grundlage des Berichts bilden, zeigen, dass es sich dabei im Wesentlichen um eine lange und komplexe Rechenübung handelt.

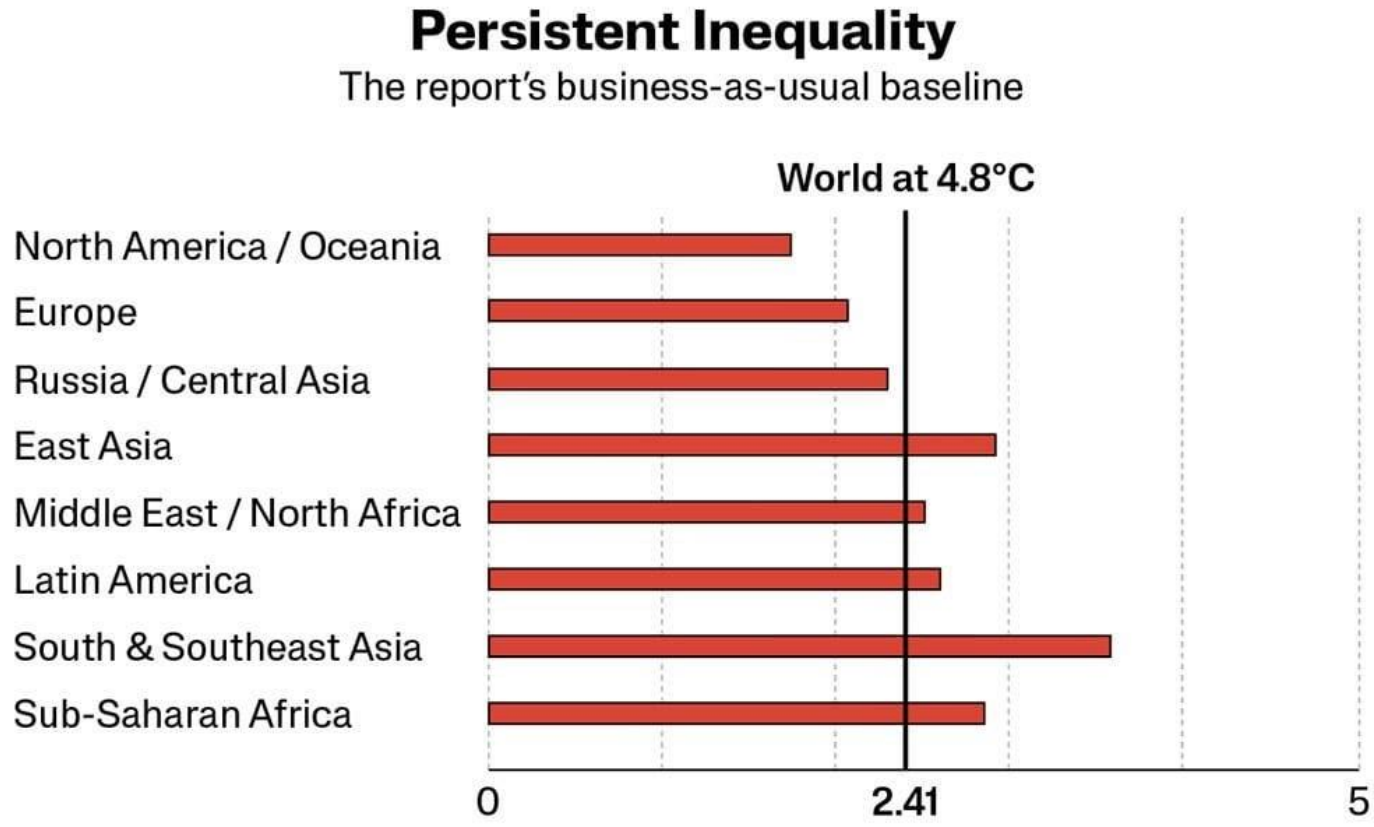
Das Input-Output-Modell ermittelt zunächst ein maximales Kontingent an zukünftigen Treibhausgasemissionen, das die Weltwirtschaft ausstoßen darf, um innerhalb des Zwei-Grad-Ziels zu bleiben. Anschließend wird ein Pro-Kopf-Einkommensniveau festgelegt, auf das sich alle Länder annähern könnten, ohne dass diese Grenze dabei überschritten wird. Das mögliche Wirtschaftswachstum – sowohl quantitativ als auch qualitativ – wird dabei jedem Land auf der Grundlage eines länderspezifischen CO2-Fußabdrucks zugeteilt. Nach dem Modell muss dieser Fußabdruck so berechnet werden, dass er weder dem Ziel der Nachhaltigkeit noch dem der zunehmenden Gleichheit zuwiderläuft. Darüber hinaus wird mit dem Modell die bestehende Lücke bei den klima- und wachstumsfördernden Investitionen berechnet, die notwendig wären, um die Weltwirtschaft auf den Weg zu nachhaltiger Gleichheit zu bringen.

Letztendlich kommen die Verfasser des GJR zu dem Ergebnis, dass die Welt im Jahr 2100 ein Pro-Kopf-Einkommen von 60.000 Euro erreichen kann, während gleichzeitig die Erwärmung auf 1,8 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau begrenzt bleibt. Die ärmsten Regionen der Welt, wie Subsahara-Afrika und Südasien, müssten dafür mit einer rasanten Rate von 3 bis 4 Prozent pro Jahr wachsen, während dem gesamten Globalen Norden nur eine Wachstumsrate von 0 bis 0,5 Prozent pro Jahr zugestanden wird. Ein Großteil, wenn nicht sogar der größte Teil dieses Wachstums würde in sogenannte immaterielle Sektoren fließen, insbesondere in Gesundheit und Bildung. Quoten und andere konsumsteuernde politische Instrumente würden die Ausgaben in materiellen Bereichen begrenzen. Die Investitionslücke, um dieses Konvergenzniveau zu erreichen, dürfte jährlich etwa 10 Prozent des weltweiten BIP betragen. Das Ziel steht fest; der Weg ist vorgezeichnet – aber wie kommen wir dorthin?

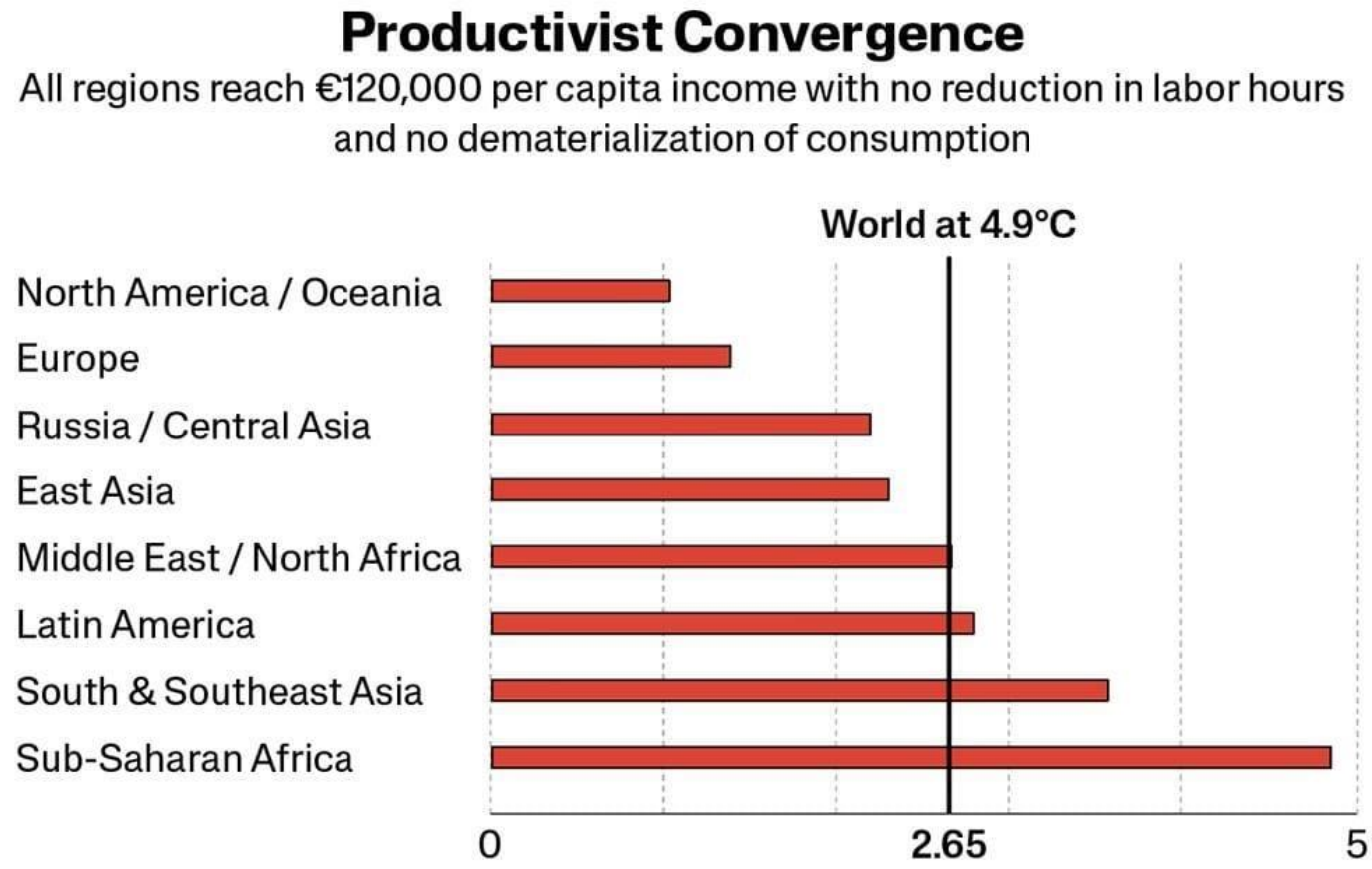
»Durch geradezu konfiskatorische Einkommens- und Vermögenssteuersätze, die fast ausschließlich auf das globale oberste 1 Prozent abzielen, würden über den Fonds die Investitionen beschafft, die zur Finanzierung des Wandels bis Ende der 2050er Jahre benötigt werden.«

Hier kommt der Kernvorschlag des GJR ins Spiel: die Einrichtung eines gigantischen Fonds (des Global Justice Fund, GJF) mit finanzieller Zuständigkeit und Geltungsbereich für den gesamten Planeten. Durch geradezu konfiskatorische Einkommens- und Vermögenssteuersätze, die fast ausschließlich auf das globale oberste 1 Prozent abzielen, würden über den Fonds die Investitionen beschafft, die zur Finanzierung des Wandels bis Ende der 2050er Jahre benötigt werden. Dann, so die Prognose des Berichts, wäre die

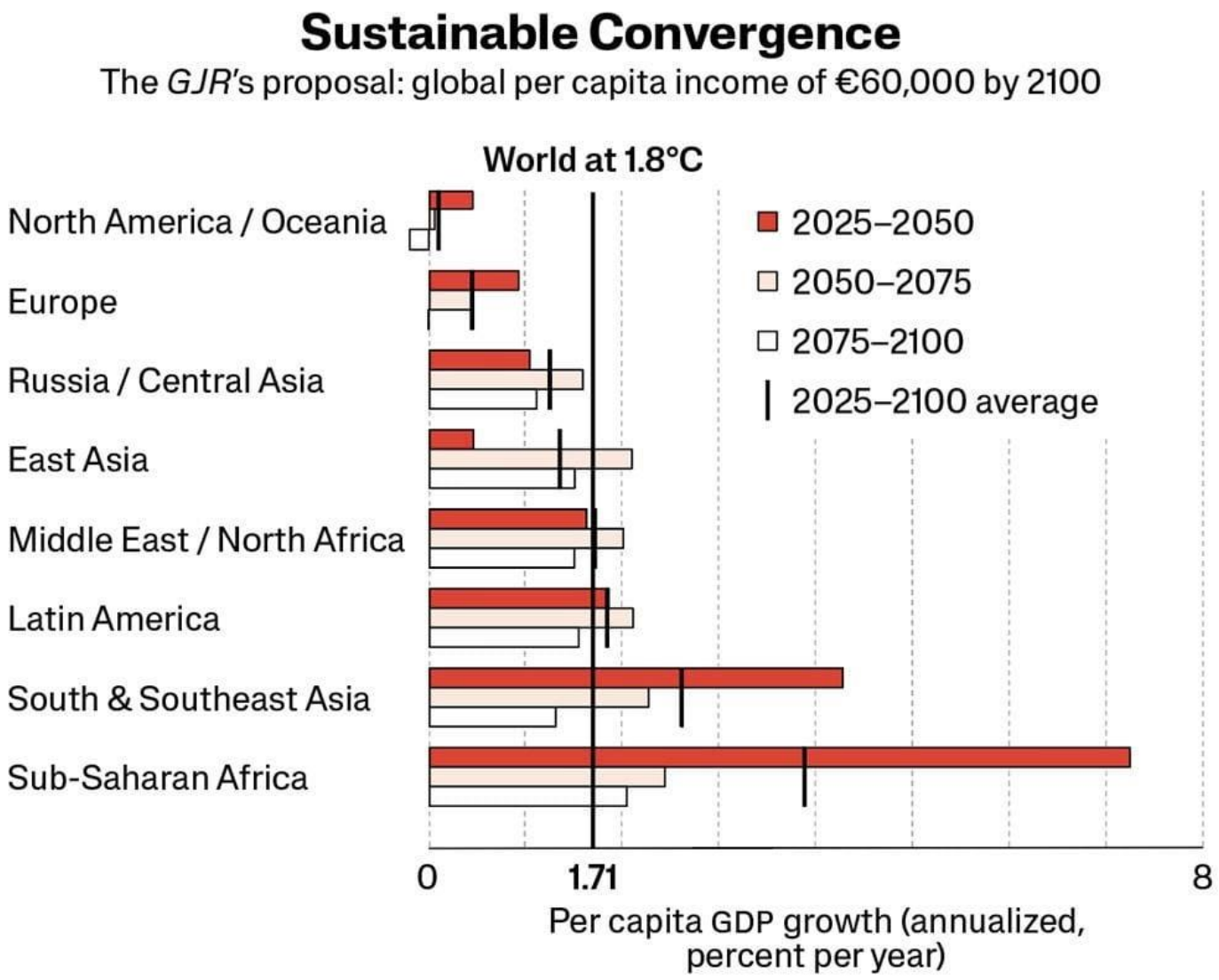
Milliardärsklasse der Welt praktisch verschwunden, und im vorgeschlagenen World Sovereign Fund (WSF) wären genügend Einnahmen angesammelt worden, damit die zukünftigen Ausgaben sich selbst finanzieren könnten.



Anhaltende Ungleichheit: Die Business-as-usual-Referenzlinie



Produktivistische Konvergenz: Alle Regionen erreichen ein Pro-Kopf-Einkommen von 120.000 Euro ohne Reduktion der Arbeitszeit und ohne Dematerialisierung des Konsums



Nachhaltige Konvergenz: Der Vorschlag des GJR – globales Pro-Kopf-Einkommen von 60.000 Euro bis 2100

Der Rest der Story ist geradlinig. Der GJF und der WSF würden die Investitionen und Dividenden entsprechend den im Modell errechneten Wachstumszielen an die individuellen Länder verteilen und dabei Anreize schaffen, damit die Staaten Projekte entwickeln, die nicht nur klimafreundlich sind – durch den Ausbau relativ immaterieller Sektoren und die Verkürzung der Arbeitszeit –, sondern auch weitreichende soziale Ziele vorantreiben, wie zum Beispiel den Abbau von geschlechtsspezifischen Unterschieden bei der Gesamtarbeitszeit und das Experimentieren mit genossenschaftlichen, gemeinschaftlichen oder anderen alternativen Formen des Eigentums.

Um zu verhindern, dass reiche Länder das System dominieren, wird im Bericht vorgeschlagen, die Funktionsweise des Fonds könne nach einer Doppelmehrheitsregelung auf Basis der Bevölkerungszahl der Länder abgestimmt werden – statt nach der heute in Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds verwendeten Regelung, bei der nach BIP gewichtet wird. Außerdem wird gefordert, dass die Vereinten Nationen eine neue globale Währung einführen, um den unverhältnismäßigen Einfluss eines einzelnen Akteurs auf die Finanzinfrastruktur des globalen Handels zu beseitigen.

Problem: Kollektives Handeln

Zu kritisieren sind die im Bericht weitgehend ausgesparten, aber riesigen Probleme beim kollektiven Handeln, die die Forderung nach einer universellen oder nahezu universellen Beteiligung an einem GJF nun einmal mit sich bringt. Tatsächlich ist es in einem anarchischen, vom Sicherheitsdilemma geprägten Weltsystem schwer vorstellbar, dass genügend reiche Länder oder auch nur Länder mit hohem mittlerem

Einkommen bereitwillig einen erheblichen Teil ihrer Steuersouveränität und ihre Steuereinnahmen abgeben würden, damit das Projekt überhaupt erst in Gang kommen kann.

Das Beispiel der Europäischen Union (die im Gegensatz zum GJF nicht derart unterschiedliche nationale Interessen wie die von, sagen wir, Laos und Kanada zusammenführen muss) gibt in dieser Hinsicht zu denken: 75 Jahre nach Beginn der wirtschaftlichen Integration fehlt es der EU weiterhin an allem, was einer Fiskalunion (oder Kapitalmarktintegration) ähnelt, die für einen GJF unter Einbezug der ganzen Welt nötig wäre. Auf der anderen Seite bieten sich darüber hinaus für arme Länder Anreize, von den Emissionsminderungsbemühungen ihrer wohlhabenderen Partner zu profitieren und dabei die Vorgaben des GJF zu ignorieren. Die Autoren des Berichts schlagen den Einsatz von Strafzöllen und anderen ökonomischen Sanktionen vor, um nicht oder nicht ausreichend partizipierende Staaten abzustrafen, doch dabei ergibt sich erneut das grundlegende Problem: Wenn der GJF nicht einmal die Teilnahme der mächtigsten Länder der Welt mit den breitesten Steuerbasen überhaupt erreichen kann, mit welcher Autorität könnte er dann glaubhaft damit drohen, ihnen Strafen aufzuerlegen?

»In keiner Epoche der modernen Geschichte hat es auch nur annähernd ein solches Ausmaß an Wohlstandsumverteilung von oben nach unten (sowohl innerhalb als auch zwischen Staaten) gegeben, das der Fonds in nur einer Handvoll Jahrzehnten erreichen will.«

Es ist also schon eine gewaltige Herausforderung, die heutigen, bis an die Zähne hochgerüsteten, souveränen Staaten ohne einen weltweiten Leviathan unter einen Hut zu bringen. Doch das Problem ist noch schwerwiegender. Denn es sollte klar sein, dass jeder Schritt zur Umsetzung eines GJF auf maximalen Widerstand seitens der Wirtschaftseliten stoßen würde. In keiner Epoche der modernen Geschichte hat es auch nur annähernd ein solches Ausmaß an Wohlstandsumverteilung von oben nach unten (sowohl innerhalb als auch zwischen Staaten) gegeben, das der Fonds in nur einer Handvoll Jahrzehnten erreichen will.

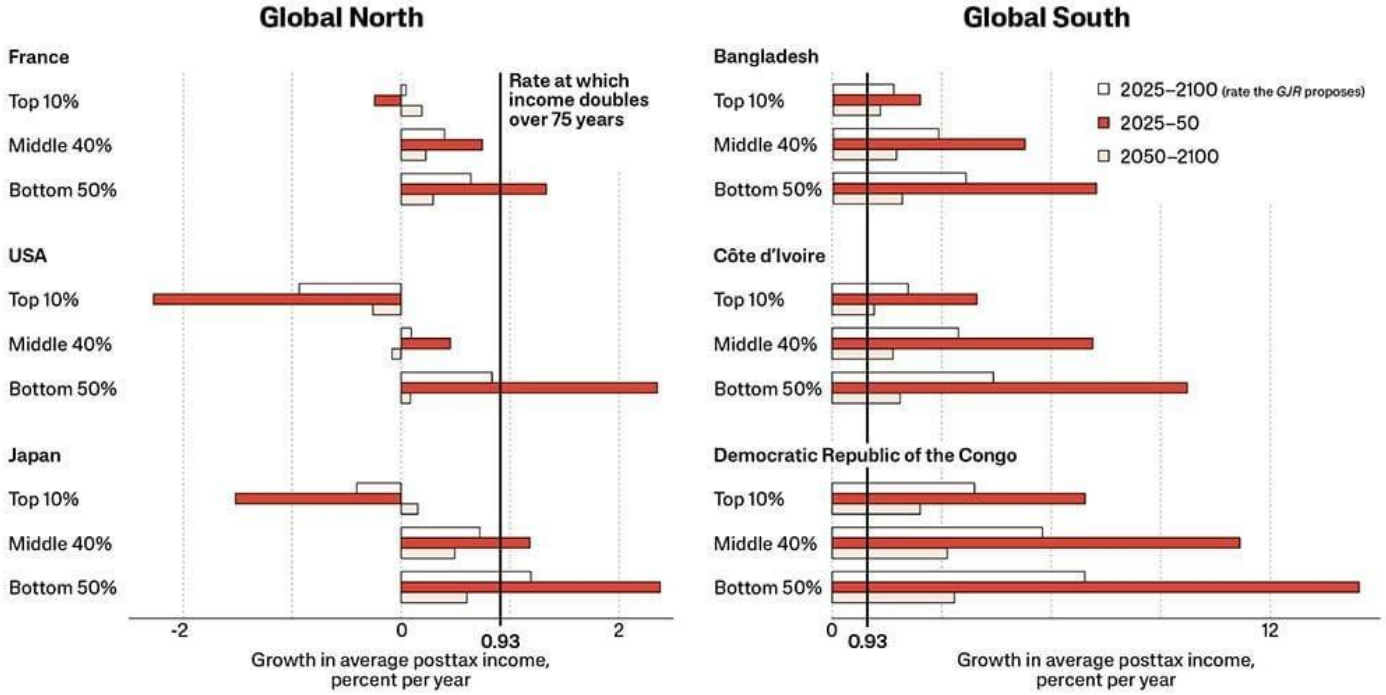
Das allein untergräbt bereits die im Bericht mehrfach wiederholte Behauptung, die Prognosen stünden im Einklang mit historischen Präzedenzfällen – sei es in Bezug auf das rasante Wachstum der asiatischen Tigerstaaten von den 1970er bis in die 2010er Jahre oder auf die Einkommensangleichung in den nordischen Ländern zwischen den 1930er und 1980er Jahren. Mehr als zwei Jahrhunderte politischer Experimente haben gezeigt, dass Kapitalisten nur durch die seltene, schwierige und fragile Organisierung der arbeitenden Massen rund um gemeinsame materielle Interessen nachhaltig eingeschränkt werden können – und sicherlich nicht durch eigenen Altruismus.

Derweil gräbt sich der Bericht sein eigenes Grab, indem er die berechtigten Sorgen der Arbeiterschaft im Globalen Norden ignoriert. Wie bereits erwähnt, gesteht das Modell den Industrieländern für den Rest des Jahrhunderts lediglich ein jährliches Wachstum von nahezu null zu. Den negativen politischen Auswirkungen, die das haben dürfte, ist man sich offenbar bewusst, denn im Bericht wird zu einem Trick gegriffen, den man nur als intellektuell unredlich bezeichnen kann: Man behauptet, dass unter Berücksichtigung der Einkommenskompression die meisten Menschen im Globalen Norden (genauer gesagt die unteren vier Fünftel der Einkommensverteilung) bis zum Jahr 2100 trotzdem eine Verdopplung ihres monetären Einkommens erleben würden.

Tatsächlich stellt dies aber eine Obergrenze für das Einkommenswachstum dar, an die die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter im Norden nicht einmal annähernd herankommen dürften (obwohl die untersten 20 Prozent vielleicht etwas darüber liegen könnten). Die implizite Behauptung scheint zu sein: Da dies immerhin keinen Netto-Einkommensrückgang darstellt, sie die politische Loyalität des Großteils der Bevölkerung im Norden nicht ernsthaft in Gefahr.

Doch wie die Ökonomen des World Inequality Lab sicherlich wissen, sieht die Realität des modernen Wachstums so aus, dass anhaltende Einkommensverluste – abgesehen von Zeiten mit Wirtschaftskrisen – eine Seltenheit sind. Die Frage ist vielmehr, wie schnell die Einkommen wachsen. Eine Verdopplung der Einkommen in den kommenden rund 75 Jahren entspricht einer jährlichen Zuwachsrate von weniger als

einem Prozent – was übrigens genau der Wachstumsrate der Median-Haushaltseinkommen während der bisherigen neoliberalen Ära entspricht. Mit anderen Worten: Im »Idealfall« wären die Arbeiterinnen und Arbeiter der entwickelten Welt bis mindestens zum Ende des Jahrhunderts (wenn nicht sogar darüber hinaus) austeritätsähnlichen Bedingungen wie in den vergangenen dreißig Jahren ausgesetzt.



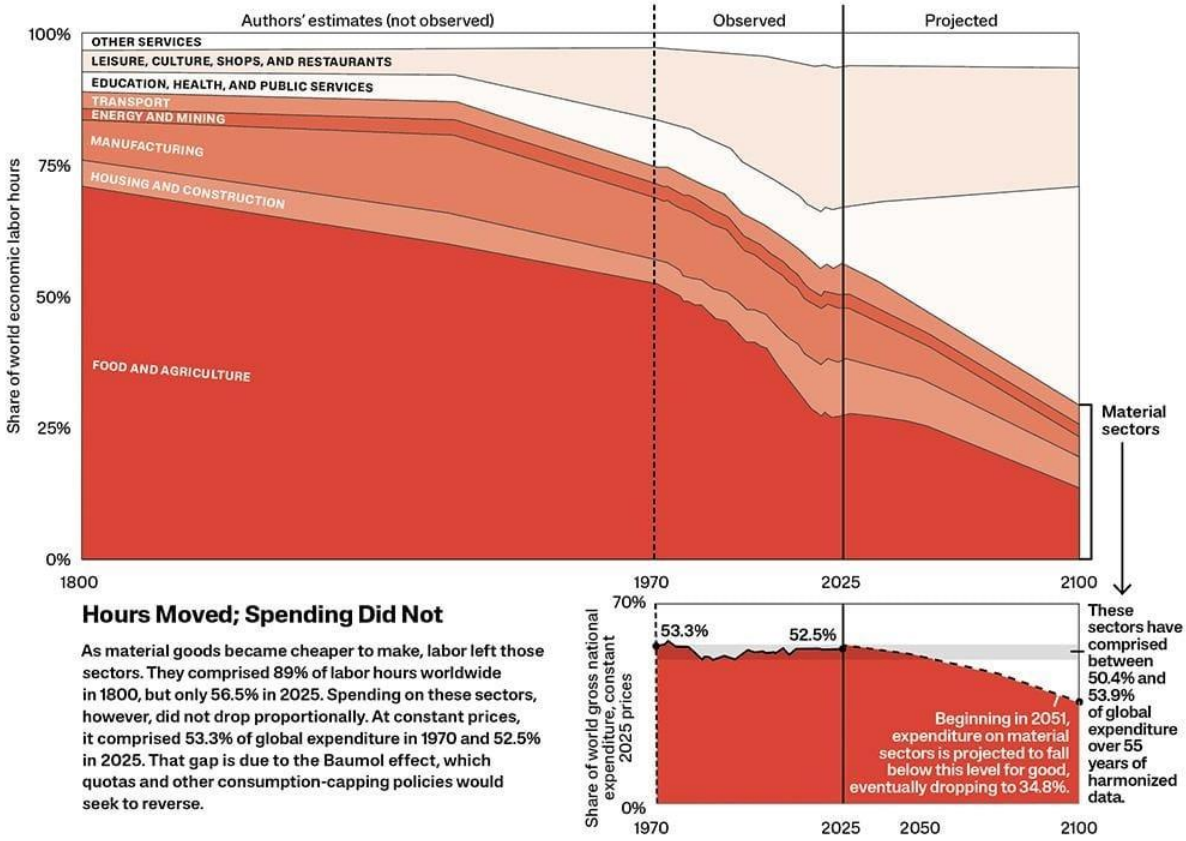
Links: Wachstum des durchschnittlichen Einkommens nach Steuern, Prozent pro Jahr (Globaler Norden)
Rechts: Wachstum des durchschnittlichen Einkommens nach Steuern, Prozent pro Jahr (Globaler Süden)

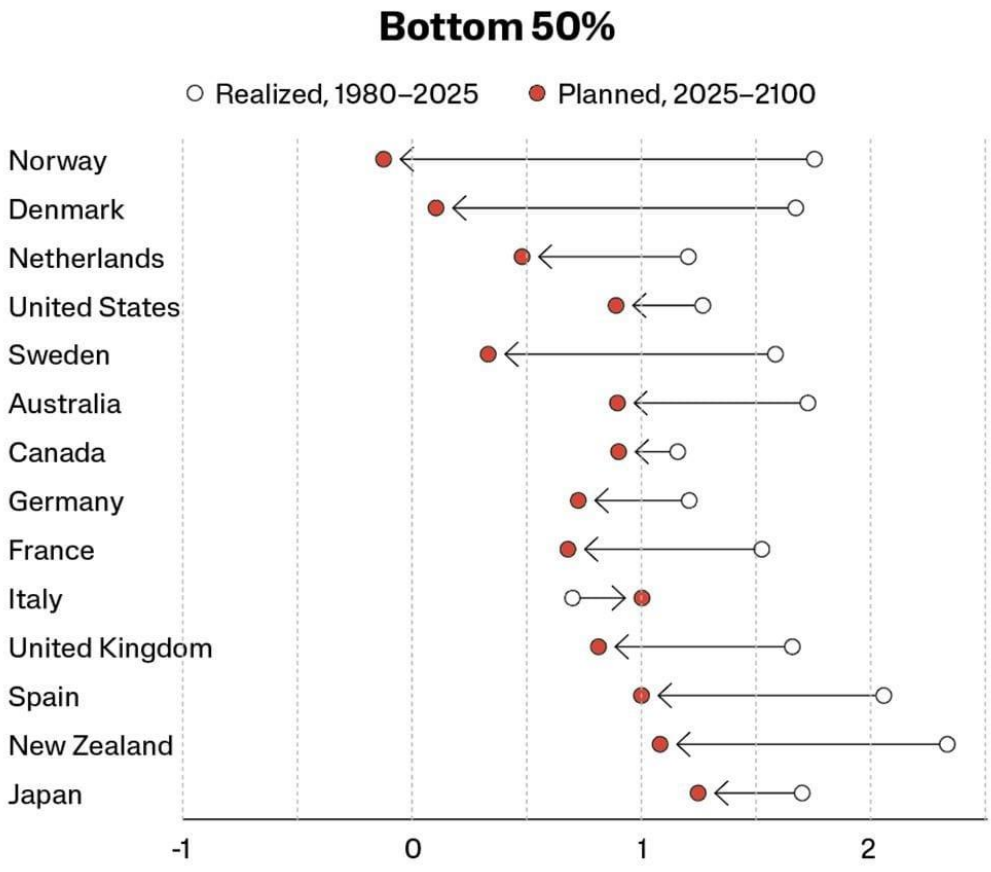
Dieser Einwand und die Sorge um das Wohlergehen der Arbeiterschaft im Norden sind nicht chauvinistisch motiviert. Es sollte schon die Alarmglocken schrillen lassen, wenn eine wachsende Gruppe progressiver Denker es mittlerweile offenbar für akzeptabel hält, bis zu einem Fünftel der Weltbevölkerung den Großteil der Vorzüge eines Wirtschaftswachstums vorzuenthalten. Unabhängig davon, wie man die moralische Würdigkeit dieser Arbeiterinnen und Arbeiter persönlich einschätzt, ist es eine unausweichliche Tatsache, dass ihre Einbeziehung in ein länderübergreifendes Umverteilungsprogramm alles andere als optional ist. Aufgrund der strukturellen Position der Arbeiterschaft im Norden, innerhalb der produktivsten Volkswirtschaften der Welt, sowie ihrer Fähigkeit, die politischen Rechte auszuüben, die sie in jahrhundertelangen Kämpfen errungen haben, verfügen sie – und nur sie allein – über den Hebel, um dem Kapital im Norden derartige Sanktionen und Beschränkungen aufzuerlegen, die notwendig wären, um eine gerechtere globale Ordnung zu schaffen.

Der GJR hingegen schlägt vor, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter in der fortgeschrittenen kapitalistischen Welt die Herkulesaufgabe schultern, jahrzehntelange Steuersenkungen für die Reichen rückgängig zu machen, nur um dann den Großteil der daraus resultierenden Zugewinne an eine weit entfernte Art Steuerbehörde abzugeben, die schon im Voraus festgelegt hat, dass diese Arbeiterinnen und Arbeiter bereits genug haben. Wenn es eine zentrale politische Lehre gibt, die man aus dem Aufstieg der radikalen Rechten im vergangenen Jahrzehnt ziehen kann, dann ist es diese: Je mehr ein politischer Kampf als Nullsummenspiel zwischen den Arbeitern dargestellt wird – oder als ein solcher wahrgenommen wird –, desto mehr werden sie sich von universell-einigenden Appellen abwenden und sich stattdessen für ausgrenzende Positionen entscheiden. Diese Reaktion ist durchaus nachvollziehbar; sie ergibt sich direkt aus der konstanten Unsicherheit, die der proletarischen Existenz innewohnt. In diesem Sinne stellt der GJR ein unbeabsichtigtes ideologisches Geschenk an die nationalistische Rechte dar, auch wenn in den abschließenden Abschnitten des Berichts vorgegeben wird, einen klassenbasierten Ansatz zu vertreten.

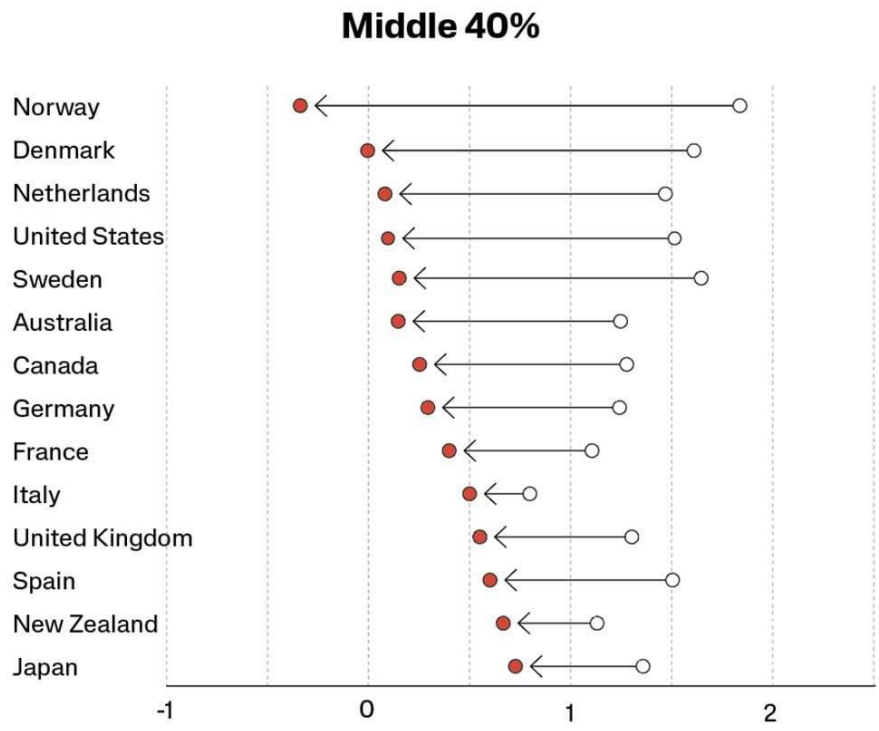
Die Autorinnen und Autoren des Berichts betrachten diese Problematik offenbar als nebensächlich. Denn ihre selektive Befürwortung von Degrowth ist laut ihrem Input-Output-Modell der einzige Weg voran, der mit der Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad vereinbar ist. Ihr Tonfall ist sogar noch deutlich

bissiger: In einer offenherzigen Antwort an einen Kolumnisten der Financial Times argumentieren sie, die Ansicht, »die heutigen Generationen [im Norden] sollten nicht für die Handlungen ihrer Vorfahren verantwortlich gemacht werden« stehe »auf wackeligen Beinen«. So viel zum Thema klassenbasierter Ansatz.

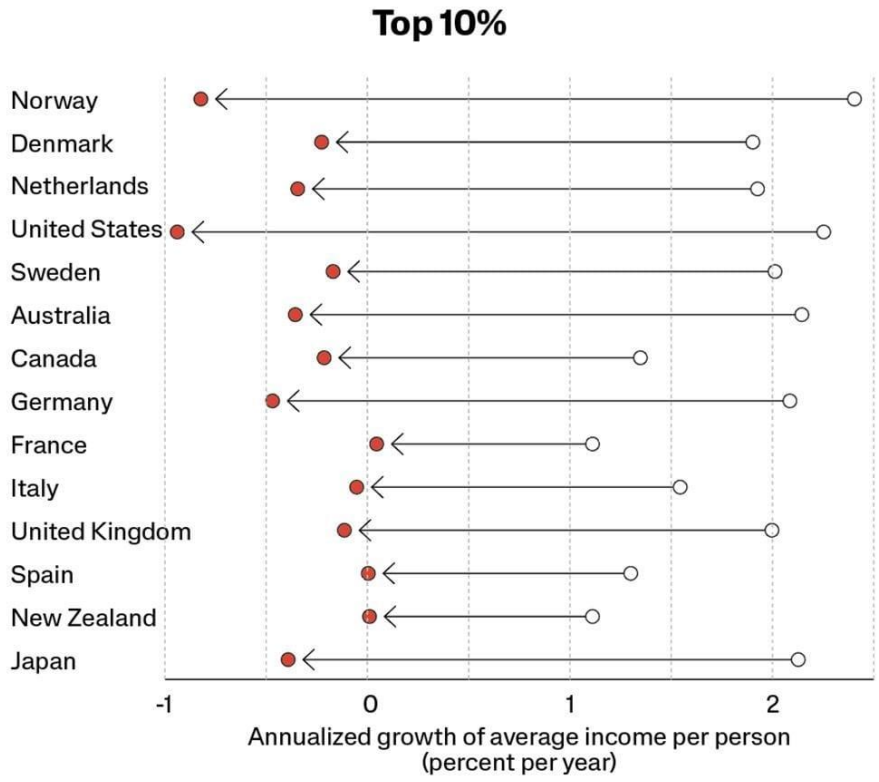




Die unteren 50 Prozent



Die mittleren 40 Prozent



Die oberen 10 Prozent: Jährliches Wachstum des durchschnittlichen Einkommens pro Person (Prozent pro Jahr)

Es mag auch überraschen, dass man in dem Bericht oder den dazugehörigen Arbeitspapieren vergeblich nach einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der wachsenden Klima-Ökonomie-Literatur zur Entkopplung von Wachstum und Materialdurchsatz – einschließlich, aber keineswegs beschränkt auf Treibhausgasemissionen – sucht. Stattdessen behandelt der Bericht das Phänomen der Entkopplung als wissenschaftlich gesicherte Tatsache statt als aktuelle Debatte. Durch selektive Zitate seiner ärgsten Kritiker wird das Thema schnell beiseitegeschoben.

»Letztendlich wird der GJR mit ziemlicher Sicherheit spurlos auf dem weitläufigen Friedhof gut gemeinter Strategiepapiere landen – und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Die im Bericht dargelegten Ansätze sind nicht in der Lage, politische Mehrheiten dort zu mobilisieren, wo es am wichtigsten ist.«

Ironischerweise sind es gerade die realen (Teil-) Erfolge der Umweltbewegung im Globalen Norden, die bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten eine wachsende Zahl von Ländern auf einen Entkopplungskurs gebracht haben – selbst unter Berücksichtigung des materiellen Fußabdrucks von Importen. Zwar vollzieht sich die Entkopplung noch nicht in dem Tempo, das nötig wäre, um die schlimmsten Klimaentwicklungen abzuwenden, doch hat sich dennoch als eine plausible Alternative zum Degrowth herausgebildet. Diese Tatsache macht das Beharren des Berichts auf einer überaus pessimistischen Fortschreibung der aktuellen Trends umso verwirrender. So wird im Input-Output-Modell des Berichts mit Annahmen hantiert, die offenbar aus dem Worst-Case-Szenario RCP8.5 stammen, das vom Weltklimarat (IPCC) kürzlich selbst ausgemustert wurde.

Man könnte auch einiges über die Neigung des Berichts zu übermäßiger Zentralisierung sagen. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Struktur des GJF, dessen Governance-Form unangenehm nahe an den von der Rechten vielbeschworenen Albtraum einer »globalistischen Technokratie« heranreicht – ein System, in dem den einfachen Menschen, die weit entfernt von den Korridoren der Entscheidungsmacht leben, auf überaus aufdringliche und einschneidende Weise vorgeschrieben wird, wie sie ihre eigene Zukunft zu gestalten haben. Hier sei erneut an die Europäische Union erinnert, die diverse Legitimitätskrisen erlebt hat.

Ein General ohne Armee

Letztendlich wird der GJR mit ziemlicher Sicherheit spurlos auf dem weitläufigen Friedhof gut gemeinter Strategiepapiere landen – und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Die im Bericht dargelegten Ansätze sind nicht in der Lage, politische Mehrheiten dort zu mobilisieren, wo es am wichtigsten ist.

Es ist also nicht an der Zeit für überschwängliche Jubelrufe, sondern es gibt vielmehr Anlass zu Enttäuschung. Neben ihren vielen unschätzbaren Beiträgen zur Erforschung wirtschaftlicher Ungleichheit war der intellektuelle Werdegang von Piketty und dem World Inequality Lab seit der Veröffentlichung von Das Kapital im 21. Jahrhundert eine der ermutigendsten Entwicklungen in der zeitgenössischen Wissenschaft. Zunächst als relativ konventionelle sozialdemokratische Forschung beginnend, ähnelte ihre Analyse zunehmend einer Klassenkampfperspektive der sozialistischen Linken, in deren Mittelpunkt die Notwendigkeit stand, die Institutionen der Arbeiterklasse wiederaufzubauen. Denn diese sind nachweislich in der Lage, den Eliten Reichtum, Macht und Einfluss zu entreißen. Ein kurzer Vergleich zur dargestellten Rolle der Gewerkschaften in Das Kapital im 21. Jahrhundert mit der Darstellung in Pikettys 2019 erschienenem Folgewerk Kapital und Ideologie macht diesen Wandel unübersehbar.

Angesichts des enormen Zeit- und Ressourcenaufwands, den das World Inequality Lab für die Erstellung des GJR aufgewendet hat, scheint es aber nun, dass ein Großteil dieser Fortschritte wieder zunichte gemacht wurde. Vor mehr als einem Jahrzehnt hatte Jacobin ein Symposium zu Pikettys Werk veranstaltet, bei dem ihm (zu Recht) vorgeworfen wurde, politische Programme vorzuschlagen, denen es an einer realistischen Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen fehle. Er werde so zu »einem General ohne Armee«. Leider trifft dieser Vorwurf auch auf sein neuestes Projekt zu.

Übersetzung von Tim Steins.

Virgilio Urbina Lazardi



Virgilio Urbina Lazardi ist Doktorand am Fachbereich Soziologie der New York University und forscht zu Arbeitsbeziehungen, vergleichender politischer Ökonomie und Entwicklungsökonomie. Er war zuvor als Organizer bei GSOC-UAW Local 7902 tätig.

https://jacobin.de/thomas-piketty-gjr-austeritaet/?fbclid=IwY2xjawU-vpNleHRuA2FlbQIxMQBwZG9mAXNydGMGYXBwX2lkEDIyMjAzOTE3ODgyMDA4OTIAAR4Pn4GOUVoqdjxF5_-ZhPKn5KCDFKgBGKyzB3PlYPYMxe3D0H9JRbo_7u2O1A_aem_KaNSRBhNHdYngUBGXNRvmA

allianceSUD
Das Schweizer Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik

https://www.alliancesud.ch/de/global-justice-report-ein-guter-plan

Global Justice Report

Ein guter Plan

29.09.2026, Entwicklungsfinanzierung

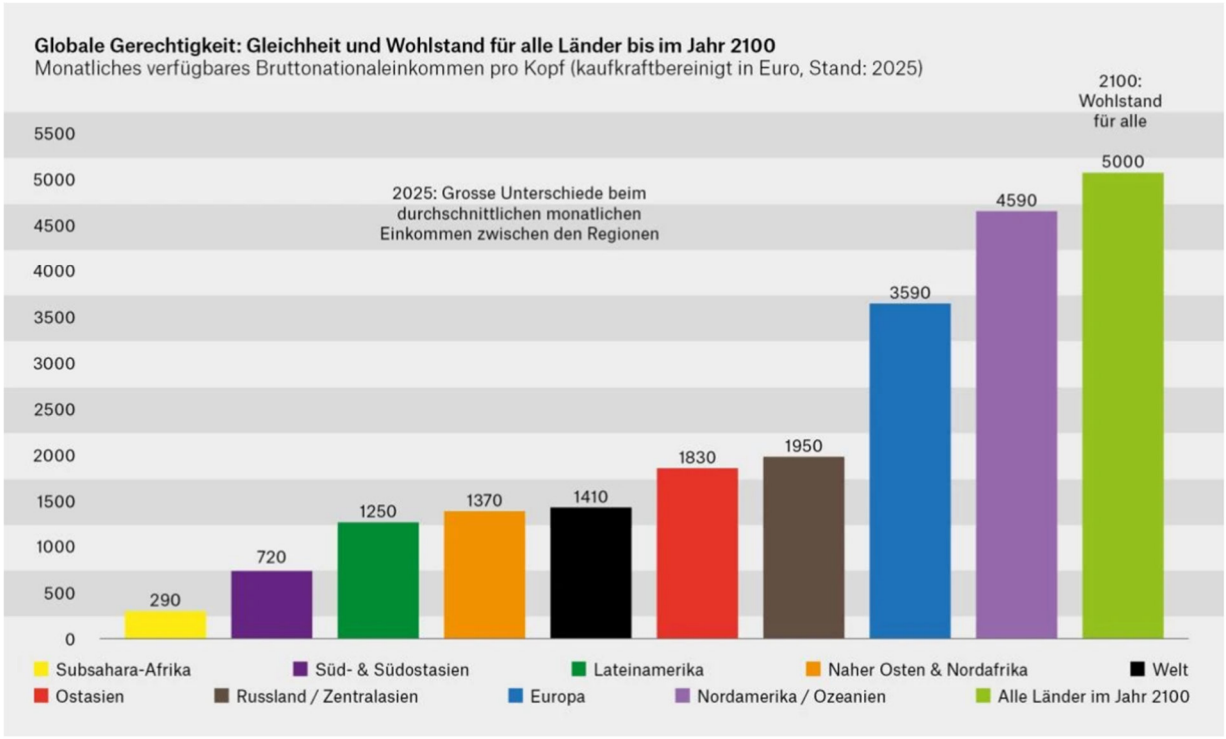
Ist es mutig? Ist es dreist? Oder ist es einfach nur vernünftig? Auf jeden Fall ist es neu und konsequent. Der «Global Justice Report» zeigt, wie Ungleichheit radikal reduziert werden könnte, damit alle Menschen auf diesem Planeten ein würdiges Leben führen können.



Andreas Missbach, Geschäftsleiter

Das Team um den französischen Ökonomen und Ungleichheitsforscher Thomas Piketty hat mit dem «Global Justice Report» nicht einfach nur einen weiteren Bericht geschrieben, sondern einen, der Gerechtigkeit drin hat, wo Gerechtigkeit draufsteht: Zu Beginn des 22. Jahrhunderts soll es in allen Ländern ein durchschnittliches monatliches Pro-Kopf-Einkommen von 5000 Euro geben. Dabei werden die planetarischen Grenzen eingehalten und die Erwärmung wird auf 1,8 Grad begrenzt. Wie soll das gehen? Die Ausgangslage scheint nicht günstig, wie die untenstehende Grafik zeigt.

Dabei handelt es sich nicht um *wishful thinking*, sondern um ein grosses datengestütztes Forschungsprojekt. Das Team umfasst 45 Wissenschaftler:innen, 200 weitere waren an der Erstellung der Datengrundlage beteiligt. Das Vorgehen ist weder neu noch einmalig. Bereits der 1. Bericht des Club of Rome «Grenzen des Wachstums» beruhte auf einem computergestützten kybernetischen Modell, in das alle verfügbaren Daten einflossen. Und auch das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) arbeitet mit Szenarien, die bis 2100 reichen. Das Neue ist die «full convergence of per capita income» – alle verdienen am Ende gleich viel. Das ambitionierteste IPCC-Szenario hingegen landet bei einem Pro-Kopf-Einkommen in Sub-Sahara-Afrika, das immer noch lediglich ein Drittel desjenigen der reichen Länder beträgt.



Quelle: Global Justice Report 2026

Wie soll das gehen?

Kurz gesagt, es braucht Suffizienz und Investitionen. Was es nicht braucht, ist *Degrowth* auf globaler Ebene (in den reichsten Ländern herrscht «near-zero growth»). Damit die ärmeren Weltregionen aufholen können, braucht es Wachstum, deshalb vervierfacht sich das globale BIP (d.h. das BIP aller Länder zusammengezählt) bis 2100. Dennoch sinkt die globale Durchschnittstemperatur stärker als in einem reinen *Degrowth*-Szenario. Erreicht wird das durch «targeted sufficiency». Neben einer Reduktion des Fleischkonsums und einer entsprechenden Zunahme der Waldfläche bedeutet das eine Verschiebung des Gewichts der Wirtschaftssektoren. Der Anteil der materialintensiven Sektoren geht von 53% auf 35% zurück. Ein Mittel, um dies konsumseitig zu erreichen, können progressiv ausgestaltete Konsumsteuern sein: Der erste Flug des Lebens ist günstig, jeder weitere wird immer teurer.

Der Anteil der gesamten Arbeitszeit weltweit, der für Bildung und Gesundheit aufgewendet wird, steigt entsprechend von 11% auf 43%. Dieser Anstieg ist weniger dramatisch, als es scheint. Bereits heute wenden Länder wie Norwegen und Schweden 30–35% der Arbeitszeit für Bildung und Gesundheit auf.

Damit einher geht eine starke Reduktion der Arbeitszeit von 2100 Stunden auf 1000 Stunden jährlich, dies ist auch ein wichtiges Argument, um die (relativen) Verlierer:innen zu überzeugen. Gleichheit herrscht im Jahr 2100 auch bei der Verteilung der Erwerbs- und Carearbeit: Frauen und Männer wenden je die Hälfte ihrer Arbeitszeit dafür auf.

Der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen muss schneller erfolgen als in den schnellsten Dekarbonisierungsszenarien der internationalen Energieagentur. Zudem wird beim schnellen Ausstieg nicht auf die Lagerung oder Entnahme von CO_2 (*Carbon Capture and Removal*) gesetzt. Für Netto-Null reicht die Vergrösserung der Waldfläche. Ebenso wird auf Atomtechnologie ganz verzichtet. Damit dies möglich ist, braucht es über die nächsten drei Dekaden Investitionen in die Energieinfrastruktur in der Höhe von 3 bis 4% des globalen BIP.

Wer soll das bezahlen?

Um den grossen Rückstand der Länder des Globalen Südens im Bereich Bildung und Gesundheit aufzuholen, sind auch massive Investitionen nötig. Zusammen mit den Investitionen in die Dekarbonisierung belaufen sie sich im Zeitraum von 2026 bis 2060 auf 10,3% des globalen BIP. Natürlich können ärmere Länder die nötigen Investitionen unmöglich selbst bezahlen. Heute beträgt die Summe aller IZA-Gelder sowie alle Beiträge an internationale Organisationen lediglich 0,4% des globalen BIP.

Um von hier nach dort zu kommen, gibt es den globalen Investitionsfonds, den Global Justice Fund (GJF). Dieser wird mit globalen Vermögens- und Einkommenssteuern gespiesen (wir kommen darauf). Mit einem Teil des Geldes alimentiert der GJF einen Staatsfonds ohne Staat (*World Sovereign Fund*), der in nachhaltige Unternehmen weltweit investiert. Die Auszahlung von «Länderdividenden» erfolgt auf Pro-Kopf-Basis, ist aber an die Bedingung gebunden, dass damit in Bildung, Gesundheit und Dekarbonisierung investiert wird.

Ein globaler Staatsfonds ist nötig, weil mit sinkender Ungleichheit auch die Vermögenssteuereinnahmen sinken. Über die Zeit steigt also der Anteil der Dividenden des globalen Staatsfonds an den Einnahmen des GJF. Der Kapitalismus wird damit nicht etwa abgeschafft, der Staatsfonds führt aber dazu, dass 2100 etwa 30% des globalen Kapitalstocks in öffentlicher Hand sind. Dies entspricht lediglich dem Stand von 1970, ist aber ein grosser Unterschied zum Stand von heute (13%). Im Global Justice Report finden sich noch viele weitere solid abgestützte Vorschläge, etwa eine Welt-Reservewährung oder eine UNO-Zentralbank, die für Fans des Themas «Reform der globalen Finanzarchitektur» sehr lesenswert sind.

Mit Steuern steuern

Um die Mittel für die nötigen Investitionen aufzubringen und die globale Ungleichheit abzuschaffen, gibt es nur einen Weg: globale Vermögens- und Einkommenssteuern (beide Steuern werden zusätzlich zu den nationalen Steuern erhoben). Damit geht es ans Eingemachte; fragt sich nur, von wem. Die globale Vermögenssteuer setzt mit einem Steuersatz von 1% ein, wenn jemand 20 Mal mehr Vermögen hat als der Weltdurchschnitt (d.h. bei einem Vermögen von 2,2 Mio. Euro – ich bin nicht betroffen). Der Steuersatz steigt an und wer mehr als das 5000fache des Weltdurchschnitts besitzt (d.h. mehr als 553 Millionen), bezahlt 20%. Ein solcher Steuersatz kann natürlich nicht mehr aus dem Vermögensertrag geleistet werden, sondern nur noch durch Abbau des Vermögens, aber darum geht es ja auch. Da Multimillionäre und Milliardäre ihr Vermögen meist in Firmen stecken, können sie der Einfachheit halber ihre Steuern mit Aktien bezahlen und diese direkt an den globalen Staatsfonds überschreiben.

Hinzu kommt eine globale Einkommenssteuer, die bei 149'000 Euro einsetzt (ich bin ja immer noch nicht betroffen), insgesamt aber weniger Einnahmen bringt als die Vermögenssteuer. Bis zu einem Einkommen von 22 Mio. Euro ist der globale Einkommenssteuersatz übrigens immer noch geringer als in den USA von 1930 bis 1980.

Viele Gewinner, wenige Verlierer

Am Schluss gehört die grosse Mehrheit der Weltbevölkerung gemessen am Einkommen zu den Gewinner:innen, 96% genau genommen. In Subsahara-Afrika und Asien sind es 99%. In Europa (86%) und Nordamerika/Ozeanien (70%) geht es immer noch einer deutlichen Mehrheit besser. Aber auch Verlierer:innen profitieren ja von der stark reduzierten Arbeits- und damit gewonnenen Lebenszeit. Einmal ganz abgesehen davon, dass bei einem *Business-as-usual*-Szenario alle zu den Verlierer:innen gehören – auch diejenigen, die es noch rechtzeitig auf den Mars geschafft haben.

Wie immer bei einem extrem ambitionierten Projekt wie dem Global Justice Report, kann natürlich auch viel kritisiert werden. Zum Beispiel ist das Thema «Technologie» extrem unterbelichtet – es tut aber dieser Tage auch sehr gut, einmal einen Bericht zu lesen, in dem KI nicht erwähnt wird. Der Global Justice Report bestätigt Alliance Sud in zweierlei Hinsicht. Einerseits machte Alliance Sud mit dem New Deal (natürlich mit viel geringeren Mitteln) eine Analyse, die stimmig, aber alles andere als radikal ist. Andererseits verfolgt sie mit einer Bundesvermögenssteuer auf sehr hohen Einkommen einen bescheidenen Schritt in die richtige Richtung.

SPS Themenkommission
Demokratisierung der Demokratie

Projektliste der **AG 2 „Bürgerrechte“**

Evaluation von 10 Reformprojekten der Direkten Demokratie

Vorlage für die 5.Sitzung der ThKDD vom 12.9.2026 in Luzern

Demokrati-sierungsprojekt	Inhalts-umschreibung	Klärungsbedarf und Konkretisierung	Pro-Argumente	Kontra-Argumente	Bilanz/ Gewichtung / Priorisierung (aus SP-Sicht)	Weiteres Vorgehen/ Zeitperspektive / Vernehmlassung innerhalb der SP?	Dokumente / Quellen
1. **Gesetzes-initiative** (GI) auf Bundesebene	Es soll auch möglich werden, dem Stimmvolk ein konkretes Gesetz vorzuschlagen. Wie in sämtlichen Kantonen. Mit einer eidg. Volksinitiative soll die BV geändert und das Gesetzesinitiativrecht in der BV verankert werden.	Die SP hat am 22.12. 1958 eine Initiative mit 102'141 Unterschriften zur entsprechenden Anpassung von Art. 93 der BV eingereicht. Seither haben viele Nationalräte vergeblich entsprechende parlamentarische Initiativen lanciert; zuletzt2021 hat die SP-Nationalrätin Gabriela Suter mit 12 Mitunterzeichnenden; ihr ist aber am 15.6.22 aber „keine Folge gegeben worden	Ausweitung der demokratischen BürgerInnenrechte und der demokratischen Handlungsmöglich-keiten; Der entsprechende Reformbedarf ist in der Wissenschaft unbestritten; Verhinderung von Verfassungs-bestimmungen mit zweifelhafter „Verfassungs-würdigkeit“; Einschränkung der Möglichkeiten des Parlamentes, Verfassungsbestimmungen zu unterlaufen mit halbbatzigen gesetzl Umsetzungen	Mehr Aufwand für juristische Abklärungen der Verfassungsmässigkeit einer GI, “direktdemokratische Übersättigung” einiger GenossInnen, Direktdemokratische Lethargie im Parlament; Bürgerliche Aversion gegen Stärkung der Reformkräfte P.	Das Projekt hat aus unserer Sicht eine hohe Priorität und – bei genügend parteiinterner Unterstützung - auch gute Realisierungschancen. Für die Zukunft der SP wäre es wichtig, sich mit diesem (und anderen Projekten) wieder als DIE STIMME UND KRAFT der Demokratie profilieren zu können.	In den nächsten Wochen soll das Projekt in der staatspolitischen Kommission der SP und mit den interessierten Mitgliedern der Fraktion zur Sprache kommen. Bei ausreichender Begeisterung und Unterstützung könnte am Parteitag 2027 die Lancierung einer Volksinitiative zur Einführung der Gesetzesinitiative lanciert werden.	Helbling, Michael René (2020). Entwicklung, Ausgestaltung und Reformbedarf der Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung. Dissertation Universität Zürich. 21.423 | Demokratiemanko beseitigen, Volksrecht der Gesetzesinitiative einführen | Geschäft | Das Schweizer Parlament
2. Erweiterung der	Bundesgericht soll neu auch die	Entsprechende Bemühungen	Stärkere Kontrolle des Parlaments und besserer	Erscheint vielen Parlamentariern wie	Für viele unter uns soll dieses Anliegen in	Dialog mit MP’s, auch den	Sollte es in der Schweiz nicht auch eine Verfassungs-gerichtsbarkeit auf Bundesebene geben? - Universität

Demokrati-sierungsprojekt	Inhalts-umschreibung	Klärungsbedarf und Konkretisierung	Pro-Argumente	Kontra-Argumente	Bilanz/ Gewichtung / Priorisierung (aus SP-Sicht)	Weiteres Vorgehen/ Zeitperspektive / Vernehmlassung innerhalb der SP?	Dokumente / Quellen
Verfassungs-gerichtsbarkeit auf Bundesebene	Verfassungsmässigkeit von Beschlüssen der eidg. Räte beurteilen können. Mit einer eidg. Volksinitiative soll BV entsprechend geändert werden. Die Beurteilung der Gültigkeit von Verfassungsinitiativen und der Verfassungs-gemässheit von GI en soll neu das Bundesgericht übernehmen.	erfolgen in der Bundesversammlung alle zehn Jahre – bisher vergeblich. Das letzte Mal durch STR Zopfi (GL/GP). Forderung findet auch prominente bürgerliche Unterstützung. Ausmass der Erweiterung müsste diskutiert werden.	Schutz von Verfassungsbestimmungen und entsprechender Volksentscheide.	das Ungeheuer von Lochness; es erscheint jeden Sommer, wurde aber noch nie ganz richtig gesehen. Bedeutung müsste vielen BürgerInnen erläutert werden.	zweiter, bzw. Dritter Priorität verfolgt werden; beispielsweise als Teil einer Duo- oder gar Drillings-Demokratieinitiative.	skeptischeren	Luzern Verfassungsgerichtsbarkeit auch in der Schweiz - grundrechte.ch Aufsätze von Prof. René Rhinow
3. **Konstruktives Referendum**	Neue Referendums-Variante mit einem konkreten Änderungsvorschlag auf Bundesebene, mit einer eidg. Volksinitiative soll BV entsprechend geändert werden	Praxis bei mehreren Konstr.Referenden zu ähnlichen Gegenständen müsste geklärt werden (war Killer des Konstrt.Referendums im Kanton ZH)	Entscheidende Stärkung der Demokratie im Hinblick auf die Integration von EU-Recht in der Schweiz (Alternative zu künftigen nationalistischem Simpel-Referenden der SVP)	Relativ kompliziert, anspruchsvoll, deshalb Kläärungs- und Diskussionsbedarf.	**Hat für einige von uns eine hohe Priorität, weil die Idee ein Symbol dafür werden kann, dass auch den EU-Vertragsbefürwortern die DD wichtig ist.**	Wie bei allen Direkte-Demokratie-Projekten ist im Parlament nur schwer Begeisterung zu wecken.	Unterlagen der SPS und aus dem Bundeshaus über die Erfahrungen mit der lertzten SP-Initiative zur Einführung des Konstrukt. Referendums.

Demokrati-sierungsprojekt	Inhalts-umschreibung	Klärungsbedarf und Konkretisierung	Pro-Argumente	Kontra-Argumente	Bilanz/ Gewichtung / Priorisierung (aus SP-Sicht)	Weiteres Vorgehen/ Zeitperspektive / Vernehmlassung innerhalb der SP?	Dokumente / Quellen
4. Einführung **Minipublics / Bürgerräte**	Vorstösse zur Einführung von Bürger:innen bzw. Zukunftsräten in ausgewählten Kantonen und Gemeinden Für uns ist dies eine Anregung für grosse Städte und die Kantone.	Fakultativ, obligatorisch oder als Pilotversuch? Gibt bereits einige Erfahrungen aus dem Wallis, Genf und Baselstadt.	Anliegen ist in der Westschweiz (siehe vor allem Genf und Waadt) sehr aktuell, Wir haben mit Nenad DEN wissenschaftlichen Fachmann unter uns !	Frage der Verfassungsmässigkeit von Losauswahl / Entscheidungs-kompetenzen ohne Legitimation durch Wahlverfahren . Das kantonale und das kommunlae Parlament kann aber gesetzlich festlegen, dass es bereit wäre, Mehrheitsentscheide der BürgerInnenräte als Antrag im Parlament gleich zu behandeln wie ein Antrag eines Parlamentmitglieds.	Das Anliegen soll ebenfalls mit hoher Priorität verfolgt und den Kantonalparteien und interessierten Stadtparteien unterbreitet werden.	Wir sind gespannt auf die Ausführungen von Nenad am 5.Treffen der ThKDD in Luzern.	CH-Bürgerräte – demoscan Bürgerräte: Bürgerräte stellen ein neues, innovatives Instru... [Mehr Demokratie] https://www.buergerrat.de/aktuelles/losbuerger-keine-gesetzgeber/ Losbürger keine Gesetzgeber Digital Democracy_Ständige Bürgerräte_Schlussbericht 2023.pdf
5. **Modifikation des Ständemehrs**	Die sieben grössten Kantone sollen eine dritte Standesstimme sowie einen dritten Ständerat bekommen; damit wären wieder die Relationen von 1848 zwischen den grösser gewordenen grossen Kantonen und den noch kleiner gewordenen kleinen Kantonen;mit einer eidg. Volksinitiative soll BV entsprechend geändert werden	Reiche Diskussionen in der Wissenschaft sowie in der Bundesversammlung aus den 1990er Jahren.	Es geht um die Überwindung der Sperrminorität der 30% konservativsten CHerInnen in den zehn kleinsten, meist sehr konservativen Kantonen; Es gilt die grösste Reformbremse der Schweiz zu lösen; Nur reformiert wird das Ständemehr in Zukunft akzeptiert werden.,	Die Konservative Minderheit wird nicht einfach bereit sein, ihr ganz grosses Privileg zu verlieren, bezw,zu akzeptieren, dass es relativiert werden muss (Ausnahme der reformfreudigere Kanton JU)	Zu viele in der SPS und der Bundesversammlung haben angesichts dieser Herausforderung schon resigniert.	Möglicherweise noch mittelfristiger anzugehen als die oberen Prioritäten - ausser wir machen ein Demokratie-Initiativen-Quartett/Kleeblatt mit entsprechenden Partnerinnen aus der Zivilgesellschaft	Viel Praxis im Bundeshaus aus den 1990er Jahren sowie einige wissenschaftliche Aufsätze.

Demokratisierungsprojekt	Inhaltsumschreibung	Klärungsbedarf und Konkretisierung	Pro-Argumente	Kontra-Argumente	Bilanz/ Gewichtung / Priorisierung (aus SP-Sicht)	Weiteres Vorgehen/ Zeitperspektive / Vernehmlassung innerhalb der SP?	Dokumente / Quellen
6. Ausweitung des Stimm- und Wahlrechts	Das Stimm- und Wahlrecht in der Schweiz soll erweitert werden Das grösste Defizit der Demokratie in der Schweiz (Ausschluss von 25% bis 30 % der in der Schweiz lebenden Menschen) muss endlich angegangen werden.	Möglicherweise müssen Erfahrungen mit und das Schichsal der r4-Viertel-Initiative abgewartet und analysiert werden, die im Nov 2026 zur Abstimmung kommen könnte.					
7. Politische Kontrolle parastaatlicher Institutionen	Parastaatliche Organisationen wie z.B. die FINMA, die Post, die SWISSCOM oder die Ruag sollen besser kontrolliert werden	Stärkung des Service Public; Thematisierung der substanziellen, materiellen Seite der Demokratie (wird in der Schweiz unterschätzt.				Parlamentarische Vorstösse für Gesetzesanpassungen initiieren, generell oder für spezifische parastaatliche Organisationen	
8. **Verschärfung Anti-Korruptions-massnahmen**	Hängige Bundesinitiative (no lobbying, Sammelfrist bis Sept. 26) Mitglieder der BV dürfen keine bezahlten Mandate von Interessens-organistionen innehaben.	Überwindung der grössten Quelle der Korruption in der Schweizer Politik und Demokratie.					

Demokratisierungsprojekt	Inhaltsumschreibung	Klärungsbedarf und Konkretisierung	Pro-Argumente	Kontra-Argumente	Bilanz/ Gewichtung / Priorisierung (aus SP-Sicht)	Weiteres Vorgehen/ Zeitperspektive / Vernehmlassung innerhalb der SP?	Dokumente / Quellen
9. **Minderung der Käuflichkeit der Direkten Demokratie**	Einzelpersonen dürfen VI mit nicht mehr als 10'000 Franken pro Jahr unterstützen und müssen dies öffentlich machen. Komitees und Parteien müssen alle Spenden von mehr als 1000 Franken publik machen	Es reduziert die Glaubwürdigkeit der Demokratie, wenn ein reicher Schweizer vor einer Volksabstimmung mit vier Millionen Franken für seine Position werben kann.	Kantone könnten vorangehen.				
10. **Einführung der schweizerischen Parteienfinanzierung auf Bundesebene**	Der Bund verdoppelt alle Spenden aus der Bevölkerung an in der Bundesversammlung vertretenen Parteien und Initiativkomitees zwischen 100 und 1000 Franken.	Die Parteien gehören zu den wichtigsten Trägern der direkten und indirekten Demokratie; doch sie gehören zu den ärmsten Akteuren, was die Transformation der Demokratie in einer Oligarchie fördert. Initiativkomitees sind in der Schweizer Politik die grössten Quellen von Innovation und kreativen Reformen	Idee könnte auch in den Kantonen aufgenommen werden und entsprechende positive Erfahrungen könnten den Bund motivieren das Gleiche zu tun.				